

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 102 (2008)
Heft: 11

Artikel: Simbabwe : Wache Zivilgesellschaft mit besseren Aussichten
Autor: Bossart, Rolf / Müller, Barbara
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390000>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Simbabwe: Wache Zivilgesellschaft mit besseren Aussichten

Barbara Müller ist Ethnologin und Übersetzerin. In ihrer Eigenschaft als Geschäftsführerin des Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika (fepa) bereist sie seit der Unabhängigkeit 1980 regelmässig Simbabwe. Politisiert und für Afrika interessiert wurde sie durch die Befreiungsbewegung in Rhodesien gegen die Kolonialmacht unter der Führung von Zanu-PF und Robert Mugabe. Trotz der zerschlagenen Hoffnung auf ein blühendes und unabhängiges Afrika ist Barbara Müller dem Kontinent und dem Land treu geblieben. Rolf Bossart hat mit ihr über die aktuellen Entwicklungen und über die Arbeit des fepa in Simbabwe gesprochen.

• Rolf Bossart: *Frau Müller, sie waren kürzlich in Simbabwe. Welche Situation haben sie dort angetroffen?*

Barbara Müller: Ich wollte eigentlich schon im Frühling gehen, aber man sagte mir, es sei zu riskant, da alle NGOs aufgefordert wurden, vor den Wahlen ihre Büros zu schliessen. Überhaupt wird alles, was nicht unter der ausschliesslichen Kontrolle der regierenden Partei ist, als Opposition angesehen. Einheimische, die sich in einem NGO-Zusammenhang mit Ausländern zeigen, gefährden sich doppelt.

RB: *Was hatte man konkret zu befürchten?*

BM: Alle Leute, die ich besucht habe, haben in dieser Zeit um ihr Leben gefürchtet, haben dauernd hinter sich geschaut, sind andere Wege gegangen. Die Gefahr kam vor allem von den Milizen, etwas berechenbarer ist der staatliche Geheimdienst. Die Milizen werden von sogenannten Kriegsveteranen aus dem Befreiungskrieg gegen das weisse Minderheitsregime Ende der 70er Jahre angeführt. In ihrer Mehrheit sind sie jüngere Männer, die zum Mitmachen gezwungen oder dafür bezahlt werden. In der Regel aber ist es so, dass die jüngeren Leute eher im Verdacht stehen, der Opposition zuzugehören.

RB: *Was tun die Milizen?*

BM: Einschüchtern und Angst verbreiten. Ich weiss von mehreren Fällen, wo Jugendliche in die Camps der Milizen getrieben wurden. Sie mussten in der Nacht durch die Strassen des Township rennen und alte Befreiungslieder singen.

RB: *Gibt es Unterschiede zwischen den Medienberichten bei uns, die ja über Monate von dramatischen Zuständen berichteten, und Ihrem eigenen Augenschein vor Ort?*

BM: Wenn man da ist, ist es immer nochmals anders. Konkret kann man sagen, dass die Gewalt nicht einfach unkontrol-

liert aus dem Ruder läuft, sondern dass die Regierung nach meinem Eindruck zum Beispiel die Milizen im Zaum halten kann und dies nach den Wahlen auch getan hat. Hatte nämlich vor den Wahlen die Polizei den Auftrag, die Milizen gewähren zu lassen, wurden sie am Tag danach zurückgepiffen und die Polizei nahm unter ihnen auch Verhaftungen vor. Was aber sicher stimmt, ist die prekäre Versorgungslage der Mehrheit der Bevölkerung, vor allem verursacht durch die galoppierende Inflation, wo man am Morgen noch nicht weiss, ob der Billettpreis für die Rückfahrt noch derselbe ist und ob das Geld, das man dazu mitge-

sen, dann die Armee. Die Angehörigen der Polizei haben zumindest in den Märzahlen mehrheitlich für die Opposition gestimmt. Dann aber vor allem die Leute auf dem Land, zum Teil, weil sie angesichts der staatlich kontrollierten Presse schlecht informiert sind, zum Teil, weil die Nahrungsmittel, die sie bekommen, von der Regierungspartei verteilt werden, zum Teil auch aus Dankbarkeit für den Sieg im Befreiungskrieg und zum Teil, weil sie sich aus Angst vor Repressalien nicht getrauen gegen die Regierung zu stimmen. Aber gerade auf dem Land gab es in den Märzahlen Regionen, die erstmals für die Opposition

nommen hat, am Abend noch etwas wert ist.

RB: *Auch wenn man wegen den Manipulationen noch einen Teil der Stimmen abzieht, hat in diesem Jahr doch noch ein beträchtlicher Teil der Wählerinnen und Wähler für Mugabe gestimmt. Was sind das für Leute, die immer noch an diesem Mann und seiner Zanu-PF festhalten?*

BM: Es gibt im Wesentlichen zwei Kategorien. Zum einen die Günstlinge seiner Herrschaft, Leute und deren Familien in guter Stellung und mit Zugang zu Devi-

gestimmt haben und die im Anschluss daran vor allem unter der Gewalt der Milizen zu leiden hatten.

RB: *Wo ist der Wendepunkt bei Mugabe vom Befreiungshelden, der nach der Unabhängigkeit im Austausch mit «Blockfreien Staaten» wie Jugoslawien oder China sich daran machte, eine offene Zivilgesellschaft aufzubauen und dem paranoiden Despoten, als der er heute erscheint? Oder gibt es eine Linie?*

BM: Der Knackpunkt war meines Erachtens Anfang der 90er Jahre. Nachdem die

fepa-Partnerorganisation bei einer Kundgebung am Sozialforum in Südafrika. (Fotos: Barbara Müller.)

Übergangsregelung abgelaufen war, welche den Weissen die Besitzrechte der Kolonialzeit garantierte, hat Mugabe eine Verfassungsabstimmung verloren, mit der er sich selber mit sehr grossen Vollmachten ausstatten wollte. Die bereits gut gebildete und entwickelte Gesellschaft ist ihm nicht gefolgt. Seither ist er misstrauisch dem Volk gegenüber und schart nur noch Getreue um sich.

RB: *Nach dem Abkommen zur Machtteilung soll die Opposition unter Tsvangirai doch noch an der Regierung beteiligt werden. Als man im Vorfeld für kurze Zeit von einem Wahlsieg Tsvangirais ausgehen konnte, sind auch gleich die Börsenkurse der südafrikanischen Bergbauunternehmen in die Höhe geschneit. Was ist nun von ihm für eine Politik zu erwarten?*

BM: Das mit der Börse ist nicht überzubewerten. Grundsätzlich drückt sich hier nur die Hoffnung auf eine Wiederherstellung eines einigermaßen funktionierenden Rechtsstaates aus. Tsvangirai ist von seiner Herkunft her Gewerkschafter. Trotz der grossen Gewalt, welche gegen die MDC (Movement for Democratic Change) und ihre Anhänger von Seiten der Regierungspartei ausgeübt wurde, hat diese bisher auf einem gewaltfreien Widerstand beharrt. Sie stand zeitweise unter grossem Druck von Seiten ihrer jugendlichen Anhänger, ebenfalls zurückzuschlagen. Ich habe den Eindruck, dass

dies einer gefestigten und überzeugten Haltung Tsvangirais entspricht. Die MDC ist unter den grossen Herausforderungen der letzten Monate gewachsen und hat sich als reife politische Kraft erwiesen. Sie führt auch regelmässig Konsultationen mit den Organisationen der Zivilgesellschaft durch.

RB: *Ein Wort zu Südafrika. Der inzwischen abgesetzte Präsident Mbeki hat ja immer zu Mugabe gehalten. Weshalb?*

BM: Mbekis stärkste Gegnerschaft innerhalb des ANC war ebenfalls der gewerkschaftliche Flügel. Mbeki hat wohl zu Recht befürchtet, dass dieser durch einen Wahlsieg des Gewerkschafters Tsvangirai Auftrieb erhalten würde. Zudem möchte gerade die junge schwarze südafrikanische Regierung vermeiden, im eigenen Land und überhaupt in Afrika als Handlanger des Westens zu gelten. Mugabe hat in dieser Beziehung durch seine Unbeugsamkeit westlichen Druckversuchen gegenüber eine gewisse Vorbildfunktion mit dem man bei der Bevölkerung punkten kann. Da spielt die koloniale Vergangenheit eine grosse Rolle. Die Landverteilung, die Mugabe in den 90er Jahren wieder auf die politische Agenda gesetzt hat, ist ein gutes Beispiel dafür. So nutzlos und chaotisch in Simbabwe die Landenteignungen auch immer durchgeführt wurden, sie rühren gerade in Südafrika an eigene unbewältigte Probleme, denn die Landfrage ist auch dort überhaupt nicht gelöst. Ich möchte aber die Vermutung äussern, dass es auch um wirtschaftliche Interessen geht. Südafrikanische Firmen haben während der Krise nach und nach fast die ganze Wirtschaft in Simbabwe unter ihre Kontrolle gebracht. Die Banken, der ganze Dienstleistungssektor wie auch wichtige Edelmetallminen wurden aufgekauft, sobald die südafrikanischen Kredite nicht zurückbezahlt werden konnten. Es gibt also auch handfeste Interessen in Südafrika, dass Simbawbes Wirtschaft am Boden bleibt und dafür

Barbara Müller

Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika (fepa).

Seit 45 Jahren unterstützt der fepa Partnerorganisationen in Simbabwe, Tansania, Südafrika und Moçambique, die sich dafür einsetzen, das Leben ihrer Landsleute nachhaltig zu verbessern. Sei es auf dem Land oder in der Stadt, immer sind es Initiativen der dortigen Bevölkerung, die der fepa finanzieren hilft. fepa-Projekte sind auf die lokalen Bedürfnisse zugeschnitten. Der fepa glaubt an die Zukunft Afrikas und legt deshalb den Schwerpunkt auf die Ermutigung und Unterstützung von Aktionen und Initiativen von jungen Menschen. Besonders wichtig ist die Förderung der Frauen und ihrer Rechte. Der Fonds achtet darauf, dass seine Partnerorganisationen zur Prävention und Linderung von HIV und Aids beitragen. Der fepa engagiert sich für Menschenrechte, demokratische Werte und Nachhaltigkeit.

bietet eben Mugabe die grösste Gewähr.

RB: Vielleicht ergibt sich ja jetzt eine Besserung, wenn mit Kgalema Motlanthe in Südafrika mindestens vorübergehend ein ehemaliger Bergarbeiterführer Staatschef ist. Sie betreuen vom Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika (fepa) seit 1990 Projekte der Zivilgesellschaft in Simbabwe. Sie sind auch unter den gefährlichen und schwierigen Bedingungen der letzten Jahre geblieben. Weshalb? Hatten sie keine Angst, mit Ihrer Arbeit das Regime indirekt zu stützen, indem sie ihm helfen, den Schein von einer funktionierenden Gesellschaft aufrecht zu erhalten?

RB: Da gibt es also einerseits die Situation der Einschüchterung, des Verbots, der Gewalt gegen Aktivisten und NGOs und eine zusammengebrochene Wirtschaft und andererseits gibt es offenbar trotzdem eine funktionierende Zivilgesellschaft mit verschiedenen NGOs, mit einer starken Opposition. Das ist ein bisschen schwierig zu verstehen.

BM: Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Wir arbeiten mit einer Organisation zusammen, die in einem Township für arbeitslose SchulabgängerInnen kurze Ausbildungen in Schneider- Näh- und Spenglerarbeiten anbietet. Zudem organisieren sie Freizeitangebote wie Sport- und

«Dangwe Arts».
Aidswaisen die sich
mit der Produktion
von Kunsthandwerk
über Wasser halten.

BM: Wir haben diese Fragen natürlich immer wieder diskutiert. Aber weil wir sehen, mit welcher Energie und Kreativität unsere Partnerorganisationen gerade in den schwierigsten Zeiten dranbleiben und weil wir trotz anfänglich grosser Sympathie für die Ziele der Befreiungsbewegung zu keiner Zeit mit der Regierung zusammengearbeitet haben, haben wir uns entschieden, die Unterstützungsarbeit fortzusetzen. Zudem wissen wir, dass sich Solidarität gerade in der Krise bewähren muss. Es gibt übrigens immer noch sehr viele gute NGOs im Land.

Theateraktivitäten. Sie geben den jungen Leuten einen Ort und einen Tagesinhalt, der sie zum Beispiel auch davon abhält, sich für irgendeinen Politiker als Schläger anwerben zu lassen. Viele Projekte hängen auch immer wieder von den Zeitumständen ab. Plötzlich ist möglich, was die Woche zuvor verboten war oder zu gefährlich schien. Man muss die Verhältnisse genau kennen und immer wieder den Mut haben auszutesten, was geht. Aber es stimmt schon, Simbabwe hat eine relativ gut ausgebildete Bevölkerung und eine Zivilgesellschaft, die sich vor

allem in den 90er Jahren entfalten konnte. Positiv ist, dass es in Simbabwe eine politisch motivierte Opposition gibt und die Konflikte nicht einfach ethnisch bedingt sind. Und ich vermute, dass in anderen afrikanischen Ländern die Repressionen gegen eine Opposition, die die Macht so stark herausfordert wie die MDC in Simbabwe, eher noch brutaler ausfallen würden.

RB: Was erwarten Sie konkret vom Abkommen zur Machtteilung vom 15. September? Ist Simbabwe im Moment so etwas wie ein Land der begründeten Hoffnung?

BM: Nach 28 Jahren praktischer Einparteiensherrschaft unter der ZANU-PF ist eine Kultur der selbstreferentiellen Herrschaft entstanden, die durch Korruption,

Klientelwesen und Strafflosigkeit geprägt ist. Es muss vieles anders werden. Ausserdem gibt es viel Konfliktpotential in dieser Gesellschaft. Die Stellung der Jugend muss neu ausgehandelt werden, denn die jungen Erwachsenen haben bis heute fast nichts zu sagen. Und das Denken in demokratischen Verfahren ist auch bei unseren Partnern nicht überall gefestigt. Ich glaube, dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen bei aller Hoffnung auf Besserung, eine neue Regierung eine lange Übergangsphase vor sich hat, während der es darauf ankommt, dass sie von den progressiven und demokratischen Kräften im Land überwacht wird. Ich sehe keinen anderen Weg, als diese Kräfte zu unterstützen. ●

Zur Seligsprechung von Papst Pius XII. bastelt die Schweizerische Kirchenzeitung an seinem Image.

In der Nummer 43. vom 23. Oktober brachte die Schweizerische Kirchenzeitung einen Leitartikel unter dem Titel: «Im Gespräch über Pius XII.». Darin verarbeitet Chefredaktor Urban Fink-Wagner ein Gespräch mit P. DDr. Peter Gumpel SJ, dem Relator (Untersuchungsrichter) an der Kongregation für Selig- und Heiligsprechungsprozesse. Der Artikel ist unverkennbar apologetisch angelegt. Das zeigt sich etwa im Versuch, Pius XII. gegenüber seinem Nachfolger zu profilieren: «P. Gumpel schätzt Pius XII. als viel offeneren Papst ein als Johannes XXIII.» Oder etwa: «Der Papst hatte nicht völlig geschwiegen, wie gerade in den letzten Jahren wiederholt behauptet worden ist, verhielt sich aber vorsichtig, um noch Schlimmeres zu vermeiden.» Wohl war Pius XII. kein Freund der Nazis, entschiedene Gegnerschaft aber hinterlässt andere Dokumente als die, die wir haben. Gerade nach dem Bergierbericht sollte klar sein, dass Zurückhaltung in dieser Zeit eher den eigenen Interessen als jenen der Verfolgten diene. Die Vorsicht hat Pius XII. wohl nach dem Krieg dann auch dazu gebracht, schüt-

zend die Hand über nach Argentinien flüchtende Nazis oder zumindest deren «gut katholische» Fluchthelfer zu halten.

Nimmt man die kontroversen Einschätzungen zur politischen Haltung Pius XII. zusammen, so lautet der kleinste gemeinsame Nenner, dass er ein Diplomat war und ein Antikommunist. Ob das zur Seligkeit reicht? Vor allem dann, wenn man seine Aussage zum Atomkrieg, die Willy Spieler im nebenstehenden Artikel überliefert, hinzunimmt. Dass nämlich Pius XII. «den atomaren Holocaust zur Verteidigung höchster Güter in Kauf genommen hätte, <selbst wenn die Welt untergehen sollte dabei.>» Auch wenn Pius XII. verschiedentlich die Nazis kritisiert hat und 1943 die umliegenden Klöster von Rom angewiesen hatte, flüchtende Juden aufzunehmen, so bleiben doch einige Unterlassungen von Gewicht aus dieser Zeit bestehen, deren Auswirkungen zumindest historisch umstritten sind. Daraus gar die Korrektur des Papstbildes zu fordern, wie Fink-Wagner dies zwischen den Zeilen tut, bringt diesen Leitartikel in die Nähe der Rechtspresse vom Schlage einer Schweizerischen Studentenzeitung (SSZ), deren Geschichtsbild er in nichts nachsteht. Rolf Bossart